

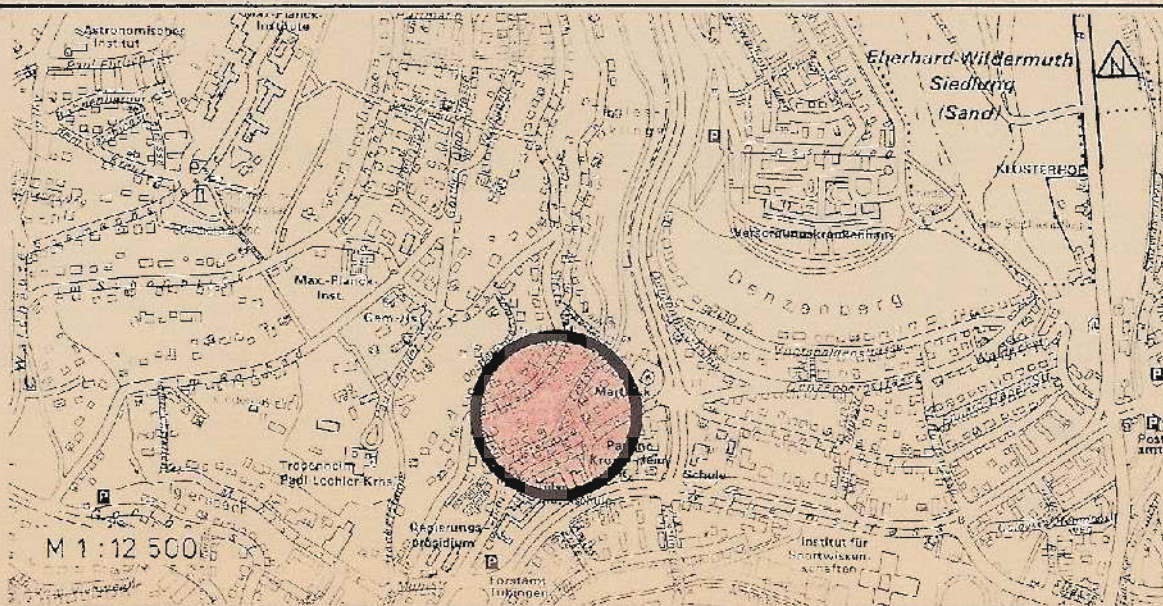
# UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

## STADTPLANUNGSAMT

### BEBAUUNGSPLAN

## KINDERGARTEN LISTSTRASSE

IN DER FASSUNG VOM : **15. September 1988 /**  
**08. Februar 1989**



**BÜRGERMEISTERAMT**  
IN VERTRETUNG

*(Signature)*  
(BLANKE)  
BÜRGERMEISTER

**STADTPLANUNGSAMT**

*(Signature)*  
(FROMM)  
STADTBAUDIREKTOR



## Textliche Festsetzungen

### A. Planungsrechtliche Festsetzungen

nach § 9 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl.I.S. 2253) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl.I.S. 1763) wird festgesetzt:

#### 1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BauGB in Verbindung mit den §§ 1 - 15 BauNVO)  
Reines Wohngebiet (WR) § 3 BauNVO

- In Anwendung von § 1 Abs. 6 Ziff. 1 BauNVO sind die Ausnahmen nach § 3 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- In Anwendung von § 3 Abs. 4 BauNVO sind im gesamten WR max. 2 Wohnungen pro Wohngebäude zulässig.

#### 2. Gemeinbedarfsfläche -Kindergarten-

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BauGB)

In der ausgewiesenen Gemeinbedarfsfläche sind Anlagen und Einrichtungen für einen Kindergarten mit den dazugehörigen Nebenanlagen zulässig. Ausnahmsweise können Wohnungen, die diesem Nutzungszweck dienen, zugelassen werden.

Siehe  
unten

#### 3. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BauGB, §§ 16 - 21a BauNVO)

Zahl der Vollgeschosse (Z), Grundflächenzahl (GRZ) und Geschosflächenzahl (GFZ) siehe Planeintrag!

#### 4. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BauGB, § 22 BauNVO)

Als Bauweise wird "offene Bauweise" festgesetzt.

#### 5. Stellplätze

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BauGB)

Sofern auf dem Grundstück Stellplätze ausgewiesen sind dürfen diese nur als offene Einstellplätze hergestellt werden.



## 6. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BauGB)

Die Geh-, Fahr- und Leitungsrechte dienen zur Sicherung von Leitungen, sowie der Erschließung von Grundstücken.

## 7. Pflanzgebot, Pflanzbindung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BauGB)

Die mit Pflanzenerhaltungsgebot belegten Flächen, sowie die mit Pflanzgebot festgesetzten Bäume, sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang neu zu pflanzen.

Von den ausgewiesenen Standorten kann bei Wiederbepflanzung bis zu 5m abgewichen werden. Für die Anpflanzung sind dieselben Arten zu verwenden.

## 8. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

nach § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 20.06.1972 (GBl.S. 352) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBl. 770) werden folgende Festsetzungen getroffen:

### 1. Dachgestaltung

Im reinen Wohngebiet (WR) sind geneigte Dachflächen vorgeschrieben (siehe Planeintrag). Pro Gebäude ist nur ein Dachaufbau oder ein Dacheinschnitt mit max. 1/3 der Dachlänge zulässig. Vom Hausgrund (seitlich und vorne) ist ein Abstand von mind. 1 m einzuhalten.

### 2. Traufhöhe

Im reinen Wohngebiet (WR) wird für die Gebäude eine Traufhöhe als Maximalwert festgesetzt. Bezugspunkt für das Maß der Traufhöhe ist das geplante Gelände.

### 3. Aufschüttungen, Abgrabungen

Aufschüttungen und Abgrabungen sind im reinen Wohngebiet (WR) nur bis zu 1,5 m zulässig (bezogen auf das bestehende Gelände).

### 4. Werbeanlagen

Anlagen, die zum Anschlag von Plakaten und anderen werbewirksamen Einrichtungen bestimmt sind, sind im gesamten Planbereich unzulässig.

2. Gemeindebedarfsfläche

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BauGB)

Die Gemeindebedarfsfläche dient der wohnartigen Unterbringung und dem  
Betreuten Wohnen. Zulässig sind Wohnbehelfsbauten und die dafür erforderlichen  
Nebeneinrichtungen.

Rote Änderung im vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB  
entsprechend GR - Beschluß vom 27.7. ~~1988~~ 1998

Tübingen, 28.7. ~~1988~~ 1998

  
Mezger  
(Bürgermeister)



# VERFAHRENSVERMERKE:

## AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 07. MÄRZ 1988 beschlossen, den Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und eine Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Dieser Beschluß wurde am 18. APRIL 1988 ortsüblich bekanntgemacht.

## BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 26. APRIL 1988 und in der Zeit vom 27. APRIL 1988 bis 11. MAI 1988 mit Gelegenheit zur Äußerung sowie Erörterung der Planung.

## BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bei der Aufstellung des Bebauungsplanes am 27. APRIL 1988 beteiligt.

## AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 17. OKTOBER 1988 den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

## ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung am 05. NOVEMBER 1988

in der Fassung vom 15. SEPTEMBER 88 von 21. NOV. 1988

bis 21. DEZEMBER 1988

in der Fassung vom

von

bis

öffentlich ausgelegt.

## SATZUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 20. MÄRZ 1989 den Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB, § 73 Landesbauordnung und § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.

Maßgebend ist der Lageplan M 1 : 500 mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in der

Fassung vom 15. SEPTEMBER 1988 / 08. FEBRUAR 1989

sowie die Begründung

vom 15. SEPTEMBER 1988 / 08. FEBRUAR 1989

Die Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt:

Tübingen, den 12. APRIL 1989

Bürgermeisteramt  
In Vertretung

  
(Blanke)  
Bürgermeister

## ANZEIGEVERFAHREN

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt.

Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom 21. Juli 1989 Nr. 22-32/2511.2-1/1042/89

abgeschlossen.

## AUSFERTIGUNG

Tübingen, den 31. AUGUST 1989

Bürgermeisteramt  
In Vertretung

  
(Blanke)  
Bürgermeister


## INKRAFTTRETEN

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am 11. SEPT. 1989 ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Tübingen, den 11. SEPTEMBER 1989

Stadtplanungsamt

  
(Fromm)  
Stadtbaudirektor



DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § II BAUGB WURDE  
MIT VERFÜGUNG VOM 21. Juli 1989  
Nr. 22-32/2511/2-A/1042/89 ABGESCHLOSSEN

TÜBINGEN, DEN 21. Juli 1989  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM *1094 Matt*



5

Die Übereinstimmung der Planunterlage mit dem Liegenschaftskataster im Sinne von § 1 Abs. 2 Planzeichenverordnung (PlanZVO) wird bescheinigt:

TÜBINGEN, DEN 15. Sept. 1988

**STADTMESSUNGSAMT**

*[Handwritten Signature]*  
(SPANAGEL)

**STADTVERMESSUNGSDIREKTOR**

## **Tübinger Höhen**

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.